

Operation gescheitert

Von **Daniel Friedli**.



Sie haben herzerweichend gejammert, herzhaft geklammert – und darum nun nur halbherzig entschieden: Gemäss den zuständigen Gesundheitsdirektoren werden sich weiterhin drei Universitätszentren die 30 Herztransplantationen teilen, die in der Schweiz pro Jahr anfallen. Und nebst der ETH dürfen auch die Berner weiter auf ihr Protonenzentrum hoffen, um Krebsgeschwüre auf modernste Art abzuschliessen.

Man könnte sich als Föderalist über diesen brüderlichen Kompromiss freuen – wäre man nicht auch Prämienzahler und potenzieller Patient. Denn auch wenn sich vorab die wehrhaften Zürcher nun die Hände reiben: Der Eindruck, den die Kantone hinterlassen, ist ein klägliches. Sie haben am Freitag bewiesen, dass sie auch nach über fünfjährigem Ringen unfähig sind, die teure und selten angewendete Spitzenmedizin sinnvoll zu bündeln und zu verteilen. Politisches Kalkül kommt vor fachlichem, Eigen- vor Gemeinsinn, Quantität vor Qualität. Denn je seltener ein Spital eine Operation durchführt, desto weniger gut beherrscht es diese.

Die Rechtfertigung der Kantone, man gehe ja 2013 nochmals über die Bücher, macht den Entscheid nicht besser – im Gegenteil: Nun werden die betroffenen Spitäler alles tun, um sich bis dahin in die beste Position zu bringen, und massiv in Strukturen investieren, die es gar nicht zwingend braucht. Dabei bildet die Spitzenmedizin nur die Spitze. Denn hinter dem Feilschen um Herzen und Protonen ist schon lange auch ein Wettrüsten um andere Geräte

und Therapien im Gang, die keineswegs jedes Spital selber anbieten müsste. Die koordinierte Spitalplanung, zu der die Kantone verpflichtet wären, ist bisher Worthülse geblieben.

Die nüchterne Lehre aus alledem: Es wird kaum möglich sein, innerhalb kantonaler Strukturen ein Angebot im Sinne des Landes zu beschliessen. Entweder bildet man grössere Versorgungsregionen – oder der Bund übernimmt. Er hat dem Treiben bisher wohlwollend zugeschaut. Nach dem gestrigen Nullentscheid sollte er sich nun ein Herz fassen und kraft seiner Kompetenz die Kantone zu vernünftigerem Handeln drängen. (Tages-Anzeiger)